



Schrittweise Zerstörung der indischen Zivilgesellschaft – ein Kommentar

Rahul Mukherji, 27.07.2022

Das Markenzeichen indischer Demokratie war jahrzehntelang die lebendige, vielfältige Zivilgesellschaft, die ihre Diversität spiegelte. Zwar waren auch schon frühere indische Regierungen misstrauisch gegenüber Nichtregierungsorganisationen (NRO). Aber jetzt werden von der Modi-Regierung die Rechte zivilgesellschaftlicher Gruppen durch Gesetze wie dem zur ausländischen Finanzierung (FCRA) und dem zur Vermeidung von Geldwäsche (PMLA) nach und nach abgebaut. Und das, obwohl Teile der Zivilgesellschaft während der Covid-19 Pandemie unermüdlich Hilfe an der Basis leisteten, während der Staat durch Abwesenheit glänzte.¹

Auch wenn Premierminister Narendra Modi am Vorabend des G7-Gipfels am 26. Juni 2022 Indien zur „Mutter der Demokratie“ erklärte, hat der Angriff der Regierung auf die Zivilgesellschaft einen Höhepunkt erreicht. Dass der indische Staat den NRO und führenden Vertreter*innen der Zivilgesellschaft zutiefst misstrauisch gegenübersteht, zeigte sich zum Beispiel bei der 73. Abschlussfeier der indischen Polizeiakademie im November 2021: Ajit Doval, nationaler Sicherheitsberater und enger Vertrauter des Premierministers, warnte die angehenden Polizist*innen, dass die Zivilgesellschaft eine neue Kriegsfront darstellt.²

Die indische Verfassung und Gesetze sollten die Minderheitengemeinschaften schützen und den Menschen aller Glaubensrichtungen und Identitäten gleiche Rechte und gleichen Schutz durch den Staat zusichern. Nach dieser Vorstellung wurden diese Rechte als grundlegend angesehen für die Konsolidierung des indischen Staates, in dem die Bürgerinnen und Bürger ein Gefühl der Zugehörigkeit haben sollten. Auch wenn es politisch legitim sein mag, dass eine Regierung die Organisationen der Zivilgesellschaft bezüglich des verfassungsrechtlichen Rahmens und Gewährleistung der entsprechenden Werte reguliert, kann es schwerwiegende Folgen haben, wenn in einem politischen Majoritätsregime versäumt wird, die Rechte von Minderheiten zu schützen. Obwohl bekannt ist, dass die Majoritätsordnung im benachbarten Pakistan zu dessen Zerstückelung geführt haben, verfolgt der indische Staat nun einen ähnlichen Kurs.

¹ Die erläuternden Fußnoten wurden für die Übersetzung vom Redaktionsnetzwerk ergänzt.

² Vgl: <https://www.thehindu.com/news/national/wars-are-too-expensive-and-unaffordable-nsa-ajit-doval-tells-ips-officer-trainees/article37451128.ece>

Ein Exempel statuierten

Am 25. Juni 2022 wurde die renommierte Rechtsanwältin und Menschenrechtsaktivistin Teesta Setalvad verhaftet, weil sie den Obersten Gerichtshof im Zusammenhang mit dem Pogrom in Gujarat im Jahr 2002³ in die Irre geführt haben soll. Setalvad leitet die Nichtregierungsorganisation *Citizens for Justice and Peace* (CJP), die gegründet wurde, um die Opfer der Gujarat Ausschreitungen zu vertreten. Nicht nur hat es die Regierung von Gujarat versäumt, die über 1000 Morde angemessen zu dokumentieren, sondern sie sorgte auch dafür, dass die Anwältin, die den Fall vor den Obersten Gerichtshof gebracht hat, ins Gefängnis kam, ebenso wie zwei Polizeioffiziere, die Modi der Anstiftung zu den Ausschreitungen beschuldigt hatten⁴. Die Verhaftungen erfolgten nach einem Urteil des Obersten Gerichtshofs vom 24. Juni 2022, das eine Klage von Zakia Ahsan Jafri, der Ehefrau des 2002 getöteten Kongressabgeordneten Ehsan Jafri zurückwies⁵, und ihr vorwarf, „Stories“ über das Massaker an den Muslimen erfunden zu haben. Setalvad und die beiden Polizeioffiziere wurden mit Bezug auf einen polizeilichen Ermittlungsbericht (FIR) beschuldigt, die Witwe unterstützt zu haben. Denn diese „erfundenen“ Geschichten, so erklärte Innenminister Amit Shah gegenüber der regierungsfreundlichen Nachrichtenagentur ANI⁶, hätten dem Ruf vieler geschadet, darunter auch dem von Premierminister Narendra Modi selbst.

Die Zivilgesellschaft wird auch auf andere Weise systematisch ins Visier genommen. Die beiden Gesetze zu ausländischen Geldzuwendungen und zur Verhinderung von Geldwäsche werden in Verbindung mit einer Reihe anderer Maßnahmen, wie dem *Unlawful Activities Prevention Act* (UAPA)⁷, von der Regierung genutzt, um die Zivilgesellschaft einzuschüchtern und in eine majoritätsorientierte hindu-nationalistische Richtung zu lenken.

Nehmen wir den FCRA: Indische NRO benötigen eine FCRA-Genehmigung, um ausländische Gelder für ihre Entwicklungsarbeit verwenden zu können. 2010 änderte die damalige, – von der Kongresspartei geführte Regierung der *United Progressive Alliance* (UPA) das Gesetz und gab dem Staat einen erheblichen Ermessensspielraum im Umgang mit NRO, die seitdem ihre Lizenzen alle fünf Jahre erneuern mussten.

Die schiere Anzahl der Verweigerungen von FCRA-Lizenzen fortan weist darauf hin, dass die Regierung der Bharatiya Janata Party (BJP) auf der Grundlage dieser Gesetzesänderung eine noch nie dagewesene Anzahl von Registrierungsanträgen zurückgewiesen hat. Unsere Berechnungen zeigen, dass von den 20.679 zivilgesellschaftlichen Organisationen, die zwischen 2011 und Mai 2022 ihre Registrierung verloren haben, 3.987 während des Zeitraums der Kongress-UPA-Regierung (2011-2014) ihre Lizenz entzogen bekamen, wohingegen der überwiegenden Mehrheit von 16.692 NRO die Registrierung zwischen 2015 und 2022 verweigert wurde.

Die hohe Zahl der FCRA-Lizenzverweigerungen zwischen 2015 und 2020 sind erstaunlich. Von den 16 692 NRO, die in diesem Zeitraum ihre Lizenzen verloren, wurde 16 679 zwischen 2015 und 2019 das Recht verweigert - bevor das Gesetz im Jahr 2020 erneut geändert wurde. 2020 wurde keine Lizenz zurückgezogen. Ein cursorischer Blick auf diese

³ Bei den Unruhen zwischen Hindus und Muslims 2002 im indischen Bundesstaat Gujarat kamen nach unterschiedlichen Quellen zwischen 1000 und 2000 Menschen ums Leben. Modi, damals Chief Minister von Gujarat, wurde beschuldigt, die Ausschreitungen gegen Muslims angezettelt zu haben.

⁴ Teesta Setalvad wurde am 2. September 2022, zwei Monate nach ihrer Inhaftierung, auf Kautions entlassen. Vgl.: <https://www.bbc.com/news/world-asia-india-62722597>

⁵ Zakia Ahsan Jafri führte den Rechtsstreit, um festzustellen, dass die Ereignisse 2002 das Ergebnis einer hochrangigen Verschwörung waren, an der Modi beteiligt war. Das Gericht fand keine Beweise für eine kriminelle Verschwörung hinter der Mob-Gewalt gegen Muslime, wodurch jede weitere rechtliche Anfechtung Modis ausgeschlossen wurde. Der Text des Urteils: <https://theprint.in/india/sc-dismisses-zakia-jafri-plea-says-appeal-devoid-of-merits-full-text-of-judgment/1012937/>

⁶ Asian News International (ANI) ist eine indische Nachrichtenagentur, die als Propagandainstrument für die amtierende Regierung dient.

⁷ Neben dem Unlawful Activities Prevention Act (UAPA), nutzt die indische Regierung darüber hinaus eine Vielzahl weiterer Gesetze wie den National Security Act (NSA) oder den Jammu and Kashmir Public Safety Act (PSA) sowie die Vorgaben des indischen Strafgesetzbuches zu „Aufwiegelung“ und „Verleumdung“, um unter dem Deckmantel der nationalen Sicherheit zivilgesellschaftliche Räume zu beschneiden und kritische Stimmen zum Schweigen zu bringen. Vgl. auch: <https://amnesty.org.in/injustice-in-the-courts-four-indian-laws-that-should-have-never-existed/>

Lizenzzüge deutet darauf hin, dass der Staat durch die verschärften Anforderungen an die Einhaltung des Gesetzes von vornherein eine große Anzahl von NRO ausschließen konnte.

FCRA-Änderung von 2020

Danach bedeutete die Änderung des FCRA im Jahr 2020 einen weiteren Schlag für den NRO-Sektor und geschah genau zu dem Zeitpunkt, als Teile der Zivilgesellschaft unermüdlich in der COVID-Hilfe engagiert waren. Die Abänderungen wurden in aller Eile und ohne große parlamentarische Beratungen verabschiedet. NRO können danach weniger für Verwaltungskosten ausgeben. Schließlich wurden alle NRO verpflichtet, ihre Auslandskonten über die Filiale der *State Bank of India* in der Parliament Street in Neu-Delhi zu führen. Dies ermöglicht es dem Staat, ausländische Finanzierungsorganisationen und Transaktionen noch genauer zu beobachten. Der Oberste Gerichtshof bestätigte am 8. April 2022, dass die Änderung des FCRA verfassungsgemäß ist.⁸

Selbst indische NRO, die ausschließlich mit inländischen Mitteln arbeiten, bleiben nicht verschont. Finanzministerin Nirmala Sitharaman hatte in ihrer Haushaltsrede 2020 angekündigt, dass der steuerfreie Status inländischer Spenden alle fünf Jahre überprüft werden würde. Genau zu dem Zeitpunkt wurden inländische Finanzierungsorganisationen dazu gezwungen, menschenrechtsbezogene Zuwendungen zu reduzieren oder einzustellen; auch die staatlichen Zuschüsse wurden weitgehend eingestellt.

Die Zeit nach der Gesetzesnovelle von 2020 war geprägt von der demonstrativen Bestrafung einiger weniger bedeutender Akteur*innen, die sich entweder für Minderheitenrechte oder für die Armen einsetzten. Die Lizenz von Oxfam wurde einfach nicht verlängert, ein Mechanismus, der nach der Änderung des FCRA von 2010 zulässig ist.

Oxfam veröffentlichte zahlreiche Berichte über die Notlage von Wanderarbeiter*innen und die Bedingungen der Armen während der Covid-19-Pandemie. Diese Berichte hatten weltweit Aufmerksamkeit erregt. Die Organisation setzte sich auch für den Schutz von Arbeitsrechten ein. Organisationen, die sich für die Rechte von Minderheiten engagieren, haben eine noch schwierigere Zeit. Die FCRA-Genehmigung der *Commonwealth Human Rights Initiative* wurde zum Beispiel für einige Zeit ausgesetzt, bis ihr die Lizenz zu Beginn dieses Jahres entzogen wurde. Auch anderen menschenrechtsorientierten Organisationen wie *International Solidarity for Academic Freedom in India*, INSAF, und *People's Watch* wurde die FCRA-Zulassung verweigert.

Schließlich wurde das Gesetz zur Verhinderung von Geldwäsche (PMLA) zu einem Instrument gegen führende Vertreter*innen der Zivilgesellschaft und Politiker*innen uminterpretiert. Dabei handelt es sich um ein Strafgesetz, das zu Haftstrafen führen kann. In der Regel hat das *Enforcement Directorate* (ED), eine dem Finanzministerium unterstellte Behörde zur Untersuchung von Geldwäsche und Verstößen gegen die Devisengesetze, durch dieses Gesetz weitreichende Befugnisse zur Durchsuchung und Verhaftung von Bürger*innen. Das ED wurde eingesetzt, um gegen NRO wie *Amnesty International* und das *Centre for Equity Studies* (CES)⁹ vorzugehen, die unermüdlich für die Rechte von Minderheiten kämpfen. Die Behörde wurde außerdem gegen politische Gegner*innen wie Rahul Gandhi, Sonia Gandhi, den Gesundheitsminister von Delhi, Satyendra Jain, und andere, eingesetzt.

FCRA und PMLA sind mächtige Waffen, um den pluralistischen Charakter der indischen Gesellschaft, der das Herzstück der indischen Demokratie ist, zu unterdrücken. Soziale Werte können gerettet werden, wenn demokratische Politik diese Werte schützt. Die Millionen-Dollar-Frage lautet: Wann wird sich die politische Opposition erheben? Oder wird sie sich überhaupt erheben?

⁸ <https://www.opindia.com/2022/04/supreme-court-upholds-the-constitutional-validity-of-fcra-act-2020/>

⁹ Der Gründer des CES, Harsh Mander, ist Richard von Weizsäcker-Stipendiat der Bosch Academy.

Übersetzung: Uwe Hoering

Der Autor

Rahul Mukherji ist Professor und Lehrstuhlinhaber für Moderne Politik in Südasiens am Südasiens-Institut der Universität Heidelberg

Quelle

The Hindu, 27 July 2022

<https://www.thehindu.com/opinion/op-ed/seeking-to-destroy-indias-civil-society/article65684812.ece>

V.i.S.d.P.:

Jean Donauer

c/o Bundeskoordination Internationalismus (BUKO)

Sternstr. 2

20357 Hamburg

speak.up@globe-spotting.de

Hrsg.: Redaktionsnetzwerk Südasiens

Speak Up! ist eine Medieninitiative des unabhängigen

Redaktionsnetzwerk Südasiens in Kooperation mit

dem Themendienst Globe spotting

GLOBE SPOTTING

Themendienst
Reportagen & Analysen

